

Die Agonie des größten Zentrums für Erneuerbare Energien in Spanien

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 16. März 2018

Nuño Domínguez, Tabernas, 8. März 2018, El País

Übersetzung Reinhard Marx

Die Budgetbegrenzungen verursachen eine Arbeitslosigkeit von 35 % bei den Wissenschaftlern der Solaren Plattform bei Almería (PSA).

Das größte Forschungszentrum für erneuerbare Energien in Spanien durchlebt eine kafkaeske Situation. Obwohl es über Millionen von Euro zur Finanzierung verfügt, darf es sie nicht ausgeben wegen Begrenzungen, die die Regierung seit 2016 verordnet hat. Dies hat das Zentrum, das von der Europäischen Union als strategisch wichtig betrachtet wird, an die Grenze des Zusammenbruches gebracht.

Mit dem Bau der Solaren Plattform von Almería (PSA) in der Wüste „Tabernas“ wurde in den siebziger Jahren begonnen, wenige Kilometer von der Gegend entfernt, wo „Wild-West“-Filme gedreht wurden. Jetzt ist sie das größte Forschungszentrum für thermosolare Energie in Europa. Von ihren Einrichtungen stammt in großen Teilen die Technologie, die in kommerziellen Zentralen eingesetzt wird, und wo spanische Unternehmen bedeutsam vertreten sind.

„Spanien hat das Äquivalent zu zwei Kernkraftwerken in Form von Anlagen für thermosolare Energie installiert“, erläutert Sixto Malato, Forscher bei der PSA, welche vom Wirtschaftsministerium abhängt. „Wenn wir 1,5 % der Wüstenfläche der Erde in dieser Form in Anspruch nähmen, würden wir genügend Elektrizität für die ganze Erde erzeugen können“, versichert er.

Zusammengefasst sind es sechs Millionen Euro, die durch die Verordnung des Finanzministeriums blockiert sind, um die Ausgaben zu limitieren, versichert Malato. Die letzte dieser Restriktionen, im Januar verordnet, verbietet öffentlichen Forschungsorganen (OPI), mehr als 50 % eines Voranschlags auszugeben, bis das allgemeine Staatsbudget für 2018 genehmigt ist. Die Unmöglichkeit, diese Fonds zu nutzen, hat bereits dazu geführt, dass 14 Wissenschaftler entlassen wurden, etwa 35 % der Belegschaft in der Forschung mit langer Erfahrung, betont Malato. Der Wissenschaftler legte sein Amt als Direktor der PSA nieder, um die Regierung dazu zu zwingen, die Restriktionen aufzuheben, was aber immer noch nicht geschehen ist.

„Das Problem unserer Situation ist auch das von Spanien, des Zustandes seiner Wissenschaft und der schlechten Arbeitsperspektiven der Mitarbeiter, die wir eine akademische Ausbildung haben.“

Die betroffenen Forscher möchten nicht identifiziert werden, aus Angst vor Repressalien. Auf der Terrasse eines Cafés in der Nähe der Anlage erklären fünf von ihnen ihre Situation. Fast alle sind doktoriert oder haben eine Universitätsausbildung. Die Mehrzahl von ihnen ist bereits

über vierzig Jahre alt und hat jahrelang bei der PSA gearbeitet, wobei Zeitverträge jeweils verlängert wurden. Eine dieser Personen ist doktoriert, hat mehrere Kinder und ist jetzt entlassen worden, nachdem sie bei der Plattform mehr als 15 Jahre gearbeitet hatte. „Das Problem unserer Situation ist auch das von Spanien, des Zustandes der Wissenschaft und der schlechten Arbeitsperspektiven für Mitarbeiter, die eine akademische Ausbildung haben“, erklärt sie weiterhin. „Ich war eine, die die besten Zeugnisse meiner Klasse hatte, und bin jetzt die mit der höchsten Unsicherheit im Arbeitsleben“, fügt sie hinzu. „Mit 46 Jahren haben wir die Probleme der heute 26-jährigen“, bestätigt ein anderer ihrer Kollegen.

Solche Stillstände bedeuten monatelange Verzögerungen bei Projekten, an denen verschiedene europäische Länder teilnehmen. Ein Beispiel ist „Waterspoutt“, mit 3,5 Millionen Euro finanziert, zur Entwicklung von Technologien, Wasser mit Sonnenlicht zu desinfizieren, für Uganda, Südafrika, Äthiopien und Malawi. „Verantwortlich seitens der PSA ist unsere Gruppe, seit dem 15. Februar entlassen und ohne ein vorhersehbares Datum einer Wiedereinstellung“, erklärt Isabel Oller, Leiterin der *Forschungseinheit für Wasserbehandlung*.

In diesen Tagen zeigt die lange Reihe der Sonnenlichtrezeptoren des Systems zur direkten Dampferzeugung nach unten. Diese Versuchseinrichtung, das wichtigste Wahrzeichen der Plattform, ist seit vier Monaten stillgelegt, weil Ersatzteile fehlen, die man nicht kaufen darf, beklagt sich Eduardo Zarza, Forscher bei der Plattform seit 1985. Die bürokratische Bearbeitung verhindert auch, dass Beiträge an internationale Gremien in Höhe von Hunderten Euro ausgezahlt werden. „Ein großer Teil unserer Einkünfte stammt nicht aus den allgemeinen Voranschlägen des Staates, sondern von der Europäischen Kommission, und was wir fordern ist, dass wir diese in mehrjähriger Anwendung verwalten können, und nicht in jährlicher, zu der man uns zwingt. Es ist, als ob sie uns in den Krieg ohne Waffen schickten“, verdeutlicht er.

Die PSA hat ein jährliches Budget von etwa sechs Millionen Euro, die Hälfte davon herrührend von europäischen Projekten. Dieses Forschungszentrum hängt organisch mit dem Zentrum für „Energie- und Umweltforschung und -technologie (Ciemat)“ zusammen, in dem es einen Betrag von etwa 70 Millionen Euro gibt, der mit diesen Problemen konfrontiert ist, versichert Malato. „Wenn diese Restriktionen nicht in ein oder zwei Jahren beseitigt werden, müssen wir anfangen, das Geld, das wir aus Europa empfangen, zurückzuzahlen“, beklagt er.

**„Eine der Installationen ist bereits seit vier Monaten
stillgelegt wegen fehlender Ersatzteile.“**

In einem Schreiben von Ende Februar, zu dem *Materia*, Präsident von *Estela*, dem Europäischen Arbeitgeber für thermosolare Energie, auch Kenntnis erlangte, forderte er von dem damaligen Wirtschaftsminister, Luis de Guindos, dass die Regierung „*unbeirrt voranschreiten und garantieren möge, dass die PSA ihre Effizienz wiedererlange bei der Bearbeitung von Projekten auf dem Niveau ihrer hervorragenden*

Leistungsfähigkeit“.

Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums erkennt die Probleme an, die die Plattform, der Ciemat und der Rest der OPI durchlaufen. *„Wir haben das Finanzministerium gebeten, dass die 15 Arbeitsverträge eine Ausnahme darstellen könnten, aber wir wissen nicht, wann sie in die Tat umgesetzt werden würden. Die Tatsache, dass es keinen Budget-Voranschlag für 2018 gäbe, unterstützt dieses nicht“*, führt er weiterhin aus.